

... in die Öffentlichkeit

Nach Honeckers Rücktritt am 18. Oktober begann die Krenzsche Variante der „Dialogpolitik“. Die SED-Wende sollte die Einheit mit dem Volk unter der Führung der Partei wiederherstellen. Sie zielte präzise auf die Ausgrenzung der oppositionellen Gruppen. Dennoch hatte sich die Situation erheblich gewandelt. Der direkte Einsatz der Staatsgewalt gegen die Opposition war vorerst unmöglich geworden. Offenere Organisationsformen und die Bewältigung der unzählbaren Nachfragen nach Programmen und Beteiligungsmöglichkeiten standen auf der Tagesordnung. Nun war endgültig klar, dass die oppositionellen Gruppierungen nicht ihre Anerkennung als Dialogpartner der Herrschenden zu betreiben, sondern ihre politischen Konzeptionen zu vertreten hatten. Während sich *Demokratie jetzt* und *Demokratischer Aufbruch* in ihren programmatischen Versuchen auf Forderungen nach Suspendierung der „führende Rolle der Partei“ konzentrierten, war diese der SED bereits entglitten. Zwei politische Projekte oppositioneller Politik standen sich gegenüber: Dialog mit der SED und den „Blockflöten“ oder Herausforderung der SED durch eine Opposition „von unten“.

Die *IFM* teilte mit *Demokratie jetzt* und dem *Demokratischen Aufbruch* die Orientierung auf eine parlamentarische Lösung der DDR-Krise über freie Wahlen. Konsequenterweise schloss sich die *IFM* am 30. Oktober bei ihrem ersten landesweiten Treffen dem Aufruf der Bürgerbewegung *Demokratie jetzt* vom 27. Oktober an, in dem ein Volksentscheid für eine „Demokratische Willensbildung ohne festgeschriebene Führungsrolle der SED“ gefordert wurde. Hier bekräftigte *Demokratie jetzt* ihre Vorstellung von gesellschaftlichem Dialog: Diese Bürgerbewegung schlug die Bildung eines Runden Tisches vor. Statt einer Konsensbildung in der Bevölkerung und mit den politisch sich formierenden „Staatsfeinden“ sollte sich die Opposition zusammen mit Arbeitervertretern, Vertretern der Kirchen und der Intelligenz über eine Mannschaft für den Dialog mit der SED verständigen. Dieser Konzeption folgte auch das *Neue Forum*. In den nun folgenden Gesprächen der auf Initiative des *Demokratischen Aufbruchs* und *Demokratie jetzt* zusammentretenden Kontaktgruppe der Opposition war die *Initiative für eine vereinigte Linke* mit ihrer radikaleren Position isoliert und lenkte schließlich ein. Immerhin waren aber die aktuellen Gemeinsamkeiten der Oppositionsgruppen gewachsen: Am 3. November legten sie einen gemeinsamen detaillierten Forderungskatalog vor. Am 4. November sprachen neben anderen Vertreter der *IFM*, des *Demokratischen Aufbruchs*, des *Neuen Forums* und der *SDP* auf der Demonstration auf dem Alexanderplatz. Das Fernsehen der DDR sendete live.



Gespräch zwischen Sebastian Pflugbeil, Jens Reich (beide *Neues Forum*), Horst Oswald und Günter Schabowski im Haus der Bezirksleitung der SED am 26. Oktober '89

Aus dem Flugblatt für Demokratie des Demokratischen Aufbruchs (Oktober '89):

Der *Demokratische Aufbruch* (DA) ist ein Teil der politischen Opposition in der DDR. Er tritt für eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf demokratischer Basis ein. ... Die DAMitglieder wehren sich gegen die Unterstellung, die DDR in kapitalistische Verhältnisse zurückreformieren zu wollen.

Aus der Erklärung der Vereinigten Linken vom 5. November '89:

Diese Politiker, die noch kürzlich jeden Kritiker zum „Feind des Sozialismus“ stempelten, versuchen jetzt, sich an die Spitze dieser Volksbewegung zu stellen. Sie bieten sich in selbstverständlicher Behauptung einer angemessenen Führungsrolle als ein Dialogpartner an, der sich nunmehr entschlossen hätte, auf's Volk zu hören und seine Forderungen zu erfüllen. ... Ist der nun im Mittelpunkt stehende „Dialog“ mit Funktionären das Mittel für die Realisierung unserer Interessen? ... Verständigen müssen wir uns – untereinander und auch mit denjenigen Sozialisten innerhalb der SED, die mit ihren Taten bewiesen haben, daß es ihnen Ernst ist mit dem sonst nur beschworenen Sozialismus.